

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Gefäßbildungs-Kommission über die Anträge Schmidt (Eiserfeld) und Göbber, bet. Regelung der Reihenfolge der Antrittsprüfung.

Dieser Gegenstand wird auf Antrag des Präsidenten von der Tagesordnung abgelenkt, weil zugleich ein anderer Antrag der Gefäßbildungs-Kommission eingegangen ist, der in einem Punkte von dem vorliegenden abweicht.

Das Haus tritt daher heute in die erste Berathung des Antrages Alexander auf Abhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen.

Abg. Wibel (S.-D.): Nach der Erörterung von Elsaß-Lothringen stellen alle Abgeordneten der Presse darauf bestehen, daß man den neuen deutschen Wählern den Uebergang zum Deutschen Reich so angenehm wie möglich machen wolle. Man gab aber zunächst dem Reichstag eine Diktaturgewalt im vollen Maße, später hat der neu ernannte Reichstag sich in einer Weise, die die Wünsche der Wähler nicht befriedigt hat. Bei der Beratung des Gesetzes, bet. die Einverleibung von Elsaß-Lothringen sprach sich Bismard so aus, daß man glauben konnte, Elsaß-Lothringen werde als vollberechtigter deutscher Staat angesehen werden.

Man trübte aber gegenwärtig den Reichstag nicht so sehr, als die Wünsche der Wähler sind, die durch die Einverleibung von Elsaß-Lothringen, die vor hundert Jahren erlassen sind und damals notwendig waren, die Reichsrechte nicht länger als überflüssig erkannt und beseitigt hat, und die trotzdem in dem deutschen Lande weiter bestehen. Ein solcher Zustand ist gänzlich unzulässig, und wir werden die Gesetz von unseren deutschen Beamten angesetzt und gebrochen.

Allerdings besteht Elsaß-Lothringen ein Parlament, aber den Namen einer wirklichen Volksvertretung verdient dieses Parlament nicht, was schon daraus hervorgeht, daß es zu so schlimmen Zuständen schweift.

Ein anderer Grund ist die Ausbreitung. Es können nicht nur Elsaß-Lothringen angezogen werden, sondern auch Ostpreußen, die durch ihre Untertänigkeit häufig erworben sind. So wurden zwei Staaten, die in Ostpreußen in Baden einmal mit mir verehrt hatten, als dies durch einen Einseitigen gemacht wurde, aus Elsaß-Lothringen. (Lärm hört links.) Alle diese Maßregeln übertrugen alles, was früher den Wählern in Elsaß-Lothringen galt, auf die Wähler in Ostpreußen, und man sollte nicht glauben, daß es etwas in einem Kulturstaate möglich ist, die die es vollends erst mit dem Vereinfachen bezieht?

Das Verhalten eines jeden Reichens ist von dem Verhalten der Verwaltungskörper abhängt gemacht, das Verhältnisse sind nicht überprüfbar, wie es unter dem Sozialistengesetz im vorigen Deutschland der Fall gewesen ist. Hand in Hand geht die Macht der Polizeibehörde, wirtschaftliche Einrichtungen zu ruinieren; einem Wirthe, der sich irgendeine Möglichkeit gemacht hat, wird einfach die Aussicht entzogen. Freilich ist es schwer, heute mit einem Antrage auf Abhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen, man gewinne nicht an letzter, was unser Deutschland einen solchen Paragraphen einführen wollen. Wenn solche Meinungen laut werden dürfen, so ist das ein Beweis dafür, wie tief das geistige Niveau des deutschen Volkes gesunken ist. (Beifall und Widerspruch.) Wir haben unseren Antrag eingezogen, damit endlich unsere Wähler in Elsaß-Lothringen sich auch wirklich als deutsche Wähler fühlen. (Beifall.)

Reichstagspräsident zu: Soeben hat die Ausschreibung des Abg. Wibel haben mich bezaubert, daß ich in den neun Jahren meiner Statthalterzeit in Elsaß-Lothringen ein Drama gesehen bin. Was die Angelegenisse des Reichstages sind, der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen antwortete, daß er mit mir auf der Darstellung allgemeiner Gesichtspunkte beschränkt. Das Gesetz vom 10. Sept. 1871 wurde zu einer Zeit erlassen, unmittelbar nach der Einverleibung Elsaß-Lothringens in Deutschland, als noch in manchen Kreisen eine gewisse Unzufriedenheit bestand. Damals glaubte man, daß Ausföhrungen vorzuziehen sind; damals konnte man also sagen, daß die Maßregeln gegen die Bewohner von Elsaß-Lothringen gerecht sind. Das kann man heute nicht sagen. Der sogenannte Diktaturparagraph hat heute nur noch eine theoretische Bedeutung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Er ist in der ganzen Welt, die ich dort war, nur zweimal angedeutet worden. Die Zustände sind jetzt andere, man hat sich daran gewöhnt, den durch den Gesetzgeber Frieden geschaffenen Zustand als einen dauernden anzusehen. Viele Häuser sind auch von Herzen gute Deutsche, und im allgemeinen ist die dortige Bevölkerung arbeitfam, treu, loyal und religiös. Aber trotzdem halte ich es nicht für richtig, jetzt den Diktaturparagraphen aufzuheben. Ich würde aber eine Reihe von Änderungen fordern, nicht gegenüber der elassischen Bevölkerung, sondern gegenüber auswärtigen Angehörigen. (Zustimmung rechts.) Allerdings ist die französische Regierung zu allen Zeiten in der loyalen Weise verfahren; aber das hindert nicht, daß in Frankreich selbst zahlreiche Meinungen sind, die nicht von dem Gedanten trennen können, daß Elsaß-Lothringen nicht mehr ein französisches, sondern ein deutsches Land ist. Und ich würde die Anträge als selbstständig, nicht als Elsaß-Lothringen, und für solche Fälle ist der 10. Sept. des Jahres 1871 eine Sicherheit. Es kann jetzt der Fall eintreten, daß durch die Abgeordneten von außen die Bewohner von Elsaß-Lothringen zu unbekanntem Schritte verführt werden, und gegen diese Verführungen bietet das Gesetz eine Barriere. Auch ich halte den Diktaturparagraphen für richtig. Ich würde von ganzem Herzen, daß Elsaß-Lothringen dem nächsten Deutschen als selbstständig, nicht als Elsaß-Lothringen, und ich würde mich für diesen Zustand behalten, und ich würde diesen, den Antrag abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Gueber (U): Nach der Rede des Reichstagspräsidenten ist der Diktaturparagraph vorzubehalten, um eine weitere Verwirrung von Betrüchern vorzubeugen. Also besorgen soll die Bevölkerung so schwer bedrückt werden? Die Verantwortliche sind hauptsächlich Unzulänglichkeiten, in der Reichspräsidenten berichtigt eine Kommission, vorzugehen, man acht Gesetze heran aus den Jahren 1871 und 1894. Der Reichstagspräsident sieht nicht, daß das Volk in Elsaß-Lothringen leicht zu verführen ist, und das zeigt nicht, ob er das vielleicht als eine Folge der Barriere betrachtet. Wenn der Diktaturparagraph bestehen bleibt, so geht es nicht um das nicht, aber dem Reich aus sicher nicht um Worte. Wir wollen nichts anderes als zufriedengehen.

Staatssekretär in Elsaß-Lothringen v. Antkaner: Nachdem der Reichstagspräsident die Antrag Stellung genommen und dargelegt hat, in welchen Fällen unter seiner Statthalterzeit in Elsaß-Lothringen das Gesetz von 1871 zur Anwendung gekommen ist, und bezüglich die Einwände, die nicht durch die Bevölkerung, sondern durch die auswärtigen Angehörigen von außen der Wähler sind, und die sich darauf beschränken, im wesentlichen den beiden Behörden zu antworten. So barmherzig, wie der Abg. Gueber sie befindet, und die Verhältnisse doch nicht, die Einwirkung von Frankreich Association d'Alsace-Lorraine, deren Tendenz eine durchaus anti-

deutsche ist, und die unter anderem die Auswanderung nach Frankreich methodisch unterstützt, sowie gegen andere Gesellschaften im Elsaß-Lothringen, man muß mit Hilfe des Diktaturparagraphen ansetzen. Die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ist freilich nicht gefährlich, aber die Einfälle von außen, die an sie herantreten, können gefährlich werden, und denen gegenüber dürfen wir unsere Waffen nicht ab der Hand geben.

So schlüssig, wie es Abgeordneter Wibel befindet, ist die Sache auch doch nicht, der Diktaturparagraph ist ja gar kein Diktaturparagraph, er enthält keine Diktatur, wie auch in anderen Ländern gesetzlich bestehen. Auch hier wird durch Vorkehrungsmaßregeln gewissen Verletzungen entgegengetreten, so z. B. in Württemberg, wo der König in dringenden Fällen zur Sicherheit des Landes alle Vorkehrungen allein treffen kann. Wichtig ist es in Hessen, alle diese Vorkehrungen sind die Bestimmungen nicht. Auch in Frankreich, ist dies bei gewissen Maßnahmen, die sich als Anordnungen der „hante positiver“ herzustellen, nicht der Fall. Der Abg. Wibel hätte versuchen sollen, den Beweis zu liefern, daß mit dem Diktaturparagraphen Mißbrauch getrieben ist. Dies ist nicht gelungen, der Paragraph hinsichtlich nicht so gefährlich, wie dies hingeklagt wird, wenn auch die Beispiele, die Abg. Gueber angeführt hat, sind nicht beweisel.

Was nun den Vorschlag betrifft, daß mit dem Diktaturparagraphen Ausnahmegeetze geschaffen werden, so ist dieses nicht berechtigt. Es handelt sich gar nicht um Ausnahmegeetze, sondern um Landesgesetze, die für Elsaß-Lothringen und alle Elsaß-Lothringens gelten. Sie doch die Dinge so wie sie sind, und bescheiden Sie nicht etwas als Ausnahmegeetz, was gar kein Ausnahmegeetz ist. Die einzige Ausnahme für Elsaß ist die, daß es insofern nicht wie die übrigen Bundesstaaten behandelt wird, als die speziellen Bundesangelegenheiten hier im Sinne der Sprache gebraucht werden können. Darüber sollte sich doch der Abg. Gueber halten können. Ein Ausnahmerecht selbst allerdings noch für Elsaß-Lothringen, dort besteht das direkte geheime Wahlrecht für alle Wähler, auch für Kommunalwahlen. Man könnte also allenfalls vorschlagen, auch das übrige Deutschland auf die Höhe von Elsaß-Lothringen zu bringen, denn man für als Elsaß-Lothringen, die die direkte Wahlrecht auf sich ziehen können. Was der Abg. Wibel von der Presse anführt, ist nicht richtig. Man braucht nur einen Blick in die elassischen Zeitungen zu thun, um zu erkennen, daß nirgends eine solche Sprache geführt wird. Gegen die Elsaß-Lothringens Aufhebung ist die Sprache des sozialdemokratischen Eisenburger Volksvereins nicht „Eisenburger“ die für Elsaß-Lothringen einen ganz neuen Uebertragung schuldig gemacht; alles, was er hier angeführt hat, ist nicht auf Grund des Diktaturparagraphen, sondern auf Grund anderer Gesetze erfolgt.

Genau wie ich den Vorschlag, den der Abg. Gueber hinsichtlich hier im Sinne erhoben hat, daß an der Erwerbsteuer Unterhalt keine Gabe von Steuerbefreiung als ein ansehnliches Einkommen zu verdienen, für die auch nicht der Schimmer eines Beweises erbracht ist. Dasselbe ist von den Angriffen auf die Schule zu sagen. Hinsichtlich die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht so schlimm, wie sie gelobt sind, aber es ist nicht möglich, daß die Bevölkerung nicht für schlechten Einfluß vertrieben läßt, und es ist nicht möglich, die Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen zu erheben, denn es ist nicht insofern berechtigt, das nur auf das Wohl des Landes gerichtet ist, und lassen Sie den vorliegenden Antrag ab. (Beifall rechts.)

Abg. Wibel (U): Einen Sauch des Diktaturparagraphen haben wir in der eben gehaltenen Rede des Staatssekretärs vernommen. Die ich nicht als „meine politischen Freunde“ fordern, auch für Elsaß-Lothringen, sondern für Elsaß-Lothringen des Fortschritt Friedens, und es muß von beider Seite alle Zeichen, um gleiches deutsches Recht dem Reichlande zu verschaffen. In der Unterhaltung des Diktaturparagraphen liegt der Hauptgrund, daß Elsaß-Lothringen sich nicht in ein Deutschland anschließt. Dehnen die Elsaß-Lothringens deutsch, so wird es sich ein lösen. Entweder ist es der Reichstagspräsident, der nicht mehr bedarf heute nicht mehr des Diktaturparagraphen für die Elsaß-Lothringens Bevölkerung. Der Staatssekretär hat uns vor den Idaurigen Wählern der Herrn Wibel und Gueber genannt und uns dabei selbst ein so schmerzliches Bild entworfen, wie es eines deutschen Reichstages nicht würdig ist. Man möge nur der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen zeigen, daß man sich vertan, und daß es nicht an dem besten zur Abhebung des Diktaturparagraphen. Wäre dies die schönste Aufgabe, die der Reichstagspräsident vollbrächte, wenn er einer neuen, Gesetz und Religion ergebenden Bevölkerung das Recht des Diktaturparagraphen vom Hals nimmt. (Beifall links und in Centrum.)

Abg. Dr. Gueber (U): Ich würde die vorliegenden Anträge nicht ablehnen, wenn die Bestimmungen für Elsaß-Lothringen waren richtig, als dort außergewöhnliche Verhältnisse herrschen, die haben sich jetzt, wo die Verhältnisse ganz anders sind, als überflüssig erwiesen.

Abg. Wibel (S.-D.): Es müßte traurig um das deutsche Volk bestellt sein, wenn wir ohne den Diktaturparagraphen nicht auskommen könnten. Ich würde mich nicht wundern, wenn es das, wie ich gerade die von der Wählerei herkommende diktatorische Propaganda in Frankreich sich bemerkbar macht, wie vor 10 Jahren, als ebenfalls hier über den Diktaturparagraphen berichtet wurde. Die Elsaß-Lothringens haben naturgemäß Frankreich gegenüber nicht mehr dieselben Gefühle, wie vor 20 Jahren. Gegen die Agitationen, die die Bildung im Lande gefährden könnten, reichen die allgemeinen politischen Bestimmungen vollkommen aus. Die Agitationen in Elsaß-Lothringen wären in Widerspruch, denn unter einem Krige mit Frankreich hätte Elsaß-Lothringen am meisten zu leiden, da auf seinen Boden die Schlingen geschlagen würden. Von all den Schwereiten, die durch die Diktaturparagraphen hervorgerufen werden, haben nur Sozialdemokraten Vortheil, wir werden das nicht mal in verklärter Zahl hier einleihen. (Minister v. Koller: Was! nicht! Heiterkeit.) Die Protestpartei in Elsaß-Lothringen ist so gut wie todt, und wir machen uns anheischig, sie ganz zu vernichten, wenn man sie Verklammerungsfreiheit gewährt. (Beifall rechts.) Die Elsaß-Lothringens, die in zwei der Wählerei von Elsaß-Lothringen nicht möglich geworden wäre. Man muß in Elsaß-Lothringen im Sinne der Bevölkerung wirken. Doch wir Elsaß-Lothringens nicht deutsch werden wollen, das glauben Sie so langsam nicht mehr, aber verpreßt wollen wir nicht werden. (Große Heiterkeit.) Alle anderen Wähler in Elsaß-Lothringen und Bayern, die eine große Anzahl haben, und die auch erweiligt die freisinnige, Elsaß-Lothringens haben. (Heiterkeit.) Als Redner auf die Feier des Kaiser-Geburtstages in Elsaß-Lothringen und anders ergeht, wird er vom Präsidenten von Lebow aufmerksamer gemacht, zum Diktaturparagraphen zu sprechen. Darauf schlägt der Redner, vom Beifall der Sozialdemokraten begleitet, unter nochmaligen Protest gegen den Diktaturparagraphen.

Hierauf wird die Diskussion verort.

Nach persönlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Gueber und dem Staatssekretär v. Antkaner wird die Sitzung um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2. Febr. (Sticht der heutigen Tagesordnung und Fortsetzung der ersten Beratung der Gewerbeordnungsgesetze).

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensamml.

8. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Herr v. Dammernstein a. a. Die zweite Beratung des landwirtschaftlichen Etats wird bel dem Titel: Besoldung v. d. s. Ministerie ist fortgesetzt. Abg. Wähler (fr. Volksp.): So sehr ich auch in manchen Punkten anderer Ansicht, wie der Landwirtschaftsminister ist, so kann ich seine programatische Rede nur mit Freude begrüßen, da das von parlamentarischer Regierung entworfen. Vorstellend werden auch der Zukünftigen und Minister v. Koller, er können ihr Gehalt bewilligt wird, eine sündliche Rede über ihr Programm halten. (Heiterkeit rechts.) Die Ansprache des Abgeordneten von Buitfamer auf unseiner der Landwirtschaft gegenüber angeblich abgelenkt Standpunkt muß ich als eine durchaus ungewöhnliche Verfahrensweise zurücklassen. Was kann in der Landwirtschaft nicht zwischen Oten und Wästen unterscheiden, sondern nur zwischen der Landwirtschaft, die hauptsächlich Viehzucht treibt, und der, die hauptsächlich dem Getreibebau sich widmet. Etwas wird augenblicklich in einer besseren Lage sein, als die letztere. So kann aber dem Minister nicht dankbar sein, wenn der Wählerei in jeder Hinsicht noch mehr zurückgeht, dann im Westen auch eine landwirtschaftliche Krise eintritt. Mit vollem Recht hat der Minister die Kritik als eine internationale bezeichnet. Hervorgehoben ist die Kritik die letzten ausnehmend günstigen Ernten in der ganzen Kulturwelt. Dieser Zustand ist aber kein dauernd, und darum wird die Kritik auch wohl begründet. Besonders wenn man sich durch eine solche Kritik in anderen Ländern zu einer Produktions-Einrichtung gewonnen fiele. (Lachen rechts.) Mit Recht hat der Minister geteilt auf die Erleichterung durch die Steuerreform hingewiesen, die der Landwirtschaft zu stell geworden ist. In der Kammer dagegen stimme ich mit dem Minister nicht überein. Bisherig hat es sich nicht um einen einzigen Wählerei gegenüber Stellung nehmen und unterscheiden, wenn die Wählerei zu gute kommen und wer die Voten zu tragen hat. Den Kleinbauern gegenüber vertritt ich den Standpunkt, daß ein Staatszuschuß möglichst vermieden werden muß, und daß man den Kleinbauern und engeren Verbänden die Sache überlassen muß. In Bezug der Staatsfinanzverwaltung stimme ich mit dem Minister überein. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden. Die Wählerei in jeder Hinsicht, die in einem Mittelpunkt der zukünftigen Tarifreife bilden. Man muß von dem Hauptgedanken uniformen Tarife zurückdenken. Von der neuen Decentralisation der Eisenbahnverwaltung dagegen verpneide ich mir für eine Tarifreife nicht. Die Eisenbahnen werden meiner Ansicht nach viel günstiger Tarifreife werden.

